

PRESSEERKLÄRUNG: Die USA sollten die Europäische Union wegen extraterritorialer Nachhaltigkeitsvorschriften unter Druck setzen

geschrieben von Chris Frey | 1. September 2026

[Lois Perry](#), [Jack McPherrin](#)

Washington warnt die Europäische Union, dass weitere Maßnahmen folgen könnten, sollte Brüssel die Belastungen, die amerikanischen Unternehmen durch CSDDD und CSRD auferlegt werden, nicht beseitigen.

Trotz der jüngsten Reformen geben die EU-Nachhaltigkeitsgesetze weiterhin Anlass zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich regulatorischer Überregulierungen, der Souveränität der USA und des transatlantischen Handels.

[Hervorhebung im Original]

SCHAUMBURG, ILLINOIS (27. August 2026): Die Trump-Regierung übt weiterhin Druck auf die Europäische Union aus, die Auswirkungen ihrer Vorschriften zur Unternehmens-Nachhaltigkeit auf amerikanische Unternehmen zu begrenzen. Berichten zufolge haben US-Beamte Brüssel gewarnt, dass weitere Maßnahmen folgen könnten, sollten die noch offenen Bedenken nicht ausgeräumt werden.

Die Vereinigten Staaten handeln dabei zu Recht. Die Richtlinie zur Sorgfaltspflicht im Bereich der Unternehmens-Nachhaltigkeit (Corporate Sustainability Due Diligence Directive; CSDDD) und die Richtlinie zur Nachhaltigkeits-Berichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive; CSRD) der Europäischen Union erlegen großen Unternehmen, einschließlich qualifizierter Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union, Anforderungen in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Berichterstattung auf. Obwohl europäische Entscheidungsträger die CSDDD seit ihrer ursprünglichen Verabschiedung teilweise eingeschränkt und verzögert haben, zielt die Richtlinie weiterhin darauf ab, von der EU geschaffene regulatorische Verpflichtungen auf betroffene amerikanische Unternehmen und deren internationale Geschäftsaktivitäten anzuwenden.

Im März 2025 veröffentlichte das Heartland Institute eine umfassende politische [Studie](#) mit dem Titel [übersetzt] „CSDDD: Die Richtlinie der

Europäischen Union zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit ist eine direkte Bedrohung für die Souveränität der USA, die freien Märkte und die individuelle Freiheit“, in der die extraterritoriale Ausgestaltung der Richtlinie und ihre potenziellen Folgen für amerikanische Unternehmen und die Politikgestaltung untersucht wurden. Durch nachfolgende Reformen wurde die Zahl der Unternehmen, die direkt unter das Gesetz fallen, reduziert und mehrere der ursprünglichen Anforderungen gestrichen; doch die zugrunde liegende Sorge, dass europäische Regulierungsbehörden US-Unternehmen außerhalb der Europäischen Union wesentliche politische Verpflichtungen auferlegen, wurde dadurch nicht ausgeräumt.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union haben in ihrem transatlantischen Handelsrahmen für 2025 vereinbart, dass Brüssel darauf hinwirken wird, dass die CSDDD und die CSRD keine unangemessenen Beschränkungen für den transatlantischen Handel mit sich bringen, und dass es auf die Bedenken der USA hinsichtlich der Anwendung der CSDDD-Anforderungen auf Unternehmen mit Sitz in Nicht-EU-Ländern eingehen wird. Die weiteren Verhandlungen sollten sich darauf konzentrieren, klare Schutzmaßnahmen für amerikanische Unternehmen zu schaffen und sicherzustellen, dass die nationale Umwelt-, Arbeits- und Unternehmenspolitik weiterhin der Rechenschaftspflicht gegenüber den amerikanischen Gesetzgebern und Wählern unterliegt.

Die folgenden Aussagen von Experten des Heartland Institute – eines Thinktanks für den freien Markt – dürfen unter Nennung der Quelle verwendet werden. Weitere Kommentare erhalten Sie über die unten angegebenen Kontaktdaten.

[Lois Perry](#), Director, Heartland United Kingdom/Europe:

„Das ist regulatorischer Imperialismus, keine Zusammenarbeit. Die EU sollte aufhören, den Zugang zu ihrem Markt als Waffe einzusetzen, um ihre politische Agenda zu exportieren, und Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten sollten unmissverständlich klarstellen, dass ausländische Unternehmen nicht akzeptieren werden, dass Brüssel ihnen vorschreibt, wie sie weltweit zu agieren haben. Das ist eine krasse Überschreitung der Befugnisse.“

[Jack McPherrin](#), Senior Policy Analyst, Research Fellow, The Heartland Institute:

„Zwar gebührt der Europäischen Union Anerkennung dafür, dass sie einige der belastendsten Elemente des CSDDD abgeschwächt hat, doch ist das grundlegende Problem der Rechtshoheit damit nicht beseitigt. Europäische Entscheidungsträger sollten den Zugang zum EU-Markt nicht als Mittel nutzen können, um amerikanischen Unternehmen und deren weltweiten Aktivitäten weitreichende regulatorische Auflagen aufzuerlegen.“

Die Vereinigten Staaten haben ein berechtigtes Interesse daran, ihre Unternehmen vor ausländischen Regulierungsvorschriften zu schützen, die

über angemessene Bedingungen für die Geschäftstätigkeit auf dem Markt eines anderen Landes hinausgehen. Washington sollte weiterhin mit seinen europäischen Partnern an Regeln arbeiten, die einen robusten transatlantischen Handel gewährleisten und gleichzeitig die Regulierungsbefugnisse und demokratischen Institutionen beider Seiten respektieren.“

[The Heartland Institute](https://heartland.org) is a national nonprofit organization founded in 1984 and headquartered in Arlington Heights, Illinois. Its mission is to discover, develop, and promote free-market solutions to social and economic problems. For more information, visit our [website](https://heartland.org) or call 312/377-4000.

Link:

<https://heartland.org/opinion/press-release-america-should-press-european-union-over-extraterritorial-sustainability-regulations/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Anmerkung des Übersetzers: Nicht mehr nur am deutschen Wesen soll die Welt genesen, sondern auch am Wesen der EU. Der Terminus „regulatorischer Imperialismus“ trifft den Nagel auf den Kopf!